

BRONSKIS WOCHE

Liebe Leserinnen, liebe Leser, es stehen schöne Neuerungen an. Die erste betrifft das FR-Blog, dem am 1. Juni ein neuer Auftritt verpasst wird. Wenn Sie noch einen letzten Blick auf das bisherige Erscheinungsbild werfen wollen, das von den Zeiten geprägt ist, als die FR im Depot am Frankfurter Südbahnhof residierte, dann haben Sie nur noch wenige Tage Zeit. Künftig wird die Anmutung online wesentlich schlichter. Das ist gewollt. Der Zugang soll möglichst einfach sein, denn Orte der Teilhabe und des Mitredens sind und bleiben wichtig. Die FR pflegt diese Kultur der Teilhabe via FR-Blog seit 2005. Reden Sie mit!

Die zweite Neuerung betrifft diese Kolumne, die künftig nicht nur sporadisch, sondern regelmäßig samstags erscheinen und Sie in Kurzform auf den Stand bringen soll, welche Themen im FR-Blog diskutiert werden und welche Entwicklungen die Debatten nehmen. Ich fange gleich an. Was ist zurzeit los im FR-Blog? Boris Palmer hat das N-Wort benutzt. Zwar finden Sie das Thema anscheinend nicht besonders aufregend, aber die bisherigen Kommentare sind gleichwohl lesenswert. Sie haben doch sicher eine Meinung dazu? Oder zum Thema „Wärmewende“ – bisher vier Kommentare. Es dürften mehr sein, denn das Thema betrifft alle. Außerdem im Angebot: Erinnerungskultur und Schutz der Demokratie anlässlich des Jubiläums der Nationalversammlung 1848. Dann: Asylpolitik. Von jeher ein schwieriges Thema, so dass es nicht verwundert, dass dazu bisher niemand kommentiert hat. Aber der Krieg in der Ukraine mit allen Folgen? Ab heute kommt die „Letzte Generation“ hinzu, siehe die Zuschriften hier rechts. Jetzt im FR-Blog unter frblog.de/razzia

Ich wünsche Ihnen schöne und friedliche Feiertage. Wir lesen uns zum Beispiel hier, wenn Sie wollen: frblog.de Ihr Bronski

Die harte Wahrheit

Zu: „Pyrrhus in Bachmut“, FR-Titel vom 22. Mai

Gut, dass nun „zehntausende Tote“ im Kampf um Bachmut Erwähnung finden. Fatal finde ich aber den Nachsatz: „Die Hilfe des Westens für die Ukraine aber lässt nicht nach“. Es ist doch „Hilfe“ für weitere zehntausende Tote. Es müsste deshalb die harte Wahrheit getitelt werden: Die Opferung der Ukraine soll weitergehen für die Kriegsziele, die Nato zu erweitern und Russland zu „ruinieren“. Ruiniert im wahren Wortsinn wird die Ukraine. Die Konsequenz aus der Stalingradisierung Bachmuts müsste vernünftigerweise sein: Die mutigen Friedensverhandlungen vom März 2022 sind endlich wieder aufzunehmen gegen den Druck der Nato zum Krieg gemäß deren Beschluss vom 23.3.2022 in Brüssel. Eine neutrale Ukraine muss sich nicht ruinieren in Abnutzungsschlachten. Dorothea Plank, Oberursel

Diskussion: frblog.de/wahrheit

Werden Sorgen um die Zukunft nun kriminalisiert?

Razzia gegen die „Letzte Generation“: „Radikale Aktion“. FR-Titel vom 25. Mai

Wie noch sich wehren, wenn es fast zu spät ist?

Über die Razzia bin ich beschämt. Aber nicht verwundert, dass sie von Bayern ausging. Wenig differenzierend erstmal die Keule unter dem Stammtisch herausgeholt. FJS hätte es schließlich nicht anders gemacht, von wegen „Ratten und Schweißfliegen“. Jetzt sind es bald alles „Terroristen“. Das Vokabular von Populisten fließt allmählich über zu dem von ... möchte ich kaum noch benennen.

Wie prophetisch, obwohl fiktiv, ist da Maja Lunde mit der gerade gelesenen „Geschichte des Wassers“! Wie noch wehren, wenn es fast zu spät ist? Vorsorglich zeige ich mich selbst schon mal an, da ich möglicherweise bereit bin, die „Letzte Generation“ mit einer Spende zu unterstützen, aber den Pfad dahin habe ich noch nicht gefunden.

Merve Hölter, Frankfurt

Da bleiben Zweifel am Rechtsstaat zurück

Meine Empörung über staatlichen Repressionen gegen die „Letzte Generation“ ist so enorm, dass ich sie kaum in Worte fassen kann. Lautstark herbeigeredet von den „Wadelbeißern“ der CSU, deren Verhalten und Wortwahl den Hetzern der AfD alle Ehren machen dürfte.

Dass die Innenministerin die Aktion mit den Worten: „Die heutigen Maßnahmen zeigen, dass der Rechtsstaat sich nicht auf der Nase herumtanzen lässt“ gutheißt, finde ich angesichts der Tatsache, dass braune kriminelle Rassisten seit Jahrzehnten in Deutschland ihr Unwesen treiben – in einem Ausmaß, dass wirklich beängstigend ist (Mord und Todschlag) – besonders haarsträubend. Konservative und reaktionäre Kräfte versuchen tatsächlich mit billiger Polemik, geschürt von einer willfährigen Presse, junge Menschen, die sich größte Sorgen um ihre (und unsere) Zukunft



Nach der Razzia: Solidarität mit der „Letzten Generation“.

DPA

machen, zu kriminalisieren und mundtot zu machen. Zurück bleiben Zweifel am Rechtsstaat.

Lorenz Breiting, Rimpf

Mit dieser Razzia wurde ein gefährlicher Weg beschritten

Jeder, dem dieser Rechtsstaat, die Demokratie hierzulande, etwas bedeutet, kann zu der Razzia gegen die „Letzte Generation“ nicht schweigen. Ja, es war offensichtlich eine politisch motivierte Eskalation, die von der Staatsanwaltschaft in Bayern und der bayrischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus ausgelöst wurde. Die wirklichen Feinde dieses Rechtsstaates sind kriminelle Vereinigungen, die mit Drogen handeln oder gar Menschen oder Waffen schmuggeln, sich als „Reichsbürger“ verstehen und auf dem Weg sind, diese Repu-

blik von innen heraus auszuhöhlen. Es ist vollkommen unverstündlich und offensichtlich dem bayrischen Wahlkampf geschuldet, wenn jetzt die Staatsgewalt ihre Zähne zeigt und damit abschreckend auf Menschen wirkt, die sich friedlich, aber unter Inanspruchnahme zivilen Ungehorsams auf die Seite derer stellen, die die Klimapolitik zugunsten einer Umwelt verändern wollen, die für kommende Generationen lebenswert sein kann.

Nicht alle Aktionen der „Letzten Generation“ sind akzeptabel, das ist richtig. Doch der Vergleich mit schwerstkriminellen denunziert junge Leute und Menschen, deren aufrichtige Sorge der Entwicklung unserer Umwelt gilt, als Staatsfeinde und schafft ein Klima, das eskaliert und eben nicht deeskaliert. Auch die Stellungnahme von Nancy Faeser ist enttäuschend, weil sie damit eine Aktion

rechtfertigt, die eigentlich nur von Springers „Bild“ sowie Rechtsaußen-Politikern uneingeschränkt bejubelt werden kann. Das Ganze kann verheerende Folgen haben, weil mit der unverhältnismäßigen Razzia die Büchse der Pandora für die Feinde dieses Rechtsstaates geöffnet wird, die in erster Linie auf der rechten Seite des politischen Spektrums stehen.

Niemand redet Straftaten das Wort, aber wenn dieser Staat seinen Ruf behalten will und die Polizei nicht in eine Rolle kommt, in der sie ausführendes Organ rechter Politiker wie Joachim Herrmann, Andreas Scheuer oder Alexander Dobrindt ist, dann braucht dieses Land Innen- und Sicherheitspolitiker wie seinerzeit Gerhart Baum von der FDP, deren vornehmstes Ziel es war, die innere Liberalität und die Substanz des Rechtsstaats zu sichern. Mit der Razzia gegen die „Letzte Generation“ wurde ein gefährlicher Weg beschritten dessen Folgen die politisch Verantwortlichen so schnell wie möglich wieder geradebiegen müssen. Manfred Kirsch, Neuwied

Franz Josef Strauß lässt grüßen

Eigentlich sollte die Strafverfolgungsbehörde erst mal genau prüfen, wie weit die doch sehr hohen Anschuldigungen gerechtfertigt werden. Es gibt in Deutschland bestimmte Bereiche, bei denen die Beschuldigung der kriminellen Vereinigung juristisch gesicherter anzusehen ist.

Es ist notwendig, dass gerade junge Menschen sich in diesem Bereich betätigen. Wie sie vorgehen, kann nicht jedermann recht sein. Sachbeschädigung sind und bleiben strafbar. Lasst sie sich doch auf der Straße ankleben. Dabei sicherstellen, dass die Kleber nicht gefährdet werden, eine Absperrung vornehmen und die Kleber kleben lassen.

Winfried Sybon, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/razzia

Was sollen die verunsicherten Menschen davon halten?

Klimapolitik: „Wir haben Energiesparlampen“, FR-Politik vom 20. Mai

Ein Aufschrei ohne Aussicht auf Konsequenzen

Reiche müssen ihren verschwenderischen Lebensstil ändern – aber wie soll das realistisch umgesetzt werden? Diese Frage bleibt offen. Es gibt einen schönen Spruch zu den Erfahrungen aus der Geschichte: „Die Menschen kommen nur zu Erkenntnissen durch das Denken oder durch Beulen, die sie sich bei Verstößen gegen die Realitäten zuziehen.“

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Vermeidung von Emissionen haben bei dieser Klientel offensichtlich keinen tiefen Eindruck hinterlassen. Aber „Beulen“ im Sinne einer restriktiven Umweltpolitik wird diese „Geldelite“ für ihren privilegierten, energieintensiven Lebensstil zu vermeiden wissen.

Ihr Einfluss in Politik und Wirtschaft wird eine Reduzierung der Privilegien zu verhindern wissen. Denn wo kein Problembewusstsein ist, was ja sehr deutlich die Argumentationen dieser Leute in der britischen Studie zeigen, da wird auch keine freiwillige Verhaltensänderung erfolgen. Also ist dieser Artikel ein moralischer und idealistischer Aufschrei ohne Aussicht auf eine wirkliche Verhaltensänderung bei den Reichen. Schön, dass man dies mal aufgeschrieben hat, aber das war es dann auch!

Klaus-Dieter Busche, Offenbach

Toxisch und hochgradig verlogen

Als Normalbürger, der sich natürlich um die eigene Klimabilanz sorgt, wird einem übel, wenn man die „Argumente“ de-

rer, die etwa die Hälfte der Treibhausgase verursachen, auf sich wirken lässt. Lässt man all das ein wenig sacken, tauchen vor dem geistigen Auge die von jeher nahezu toxischen und gleichzeitig hochgradig verlogenen Schlagworte aus dem Unions- und FDP-Lager auf: Selbstverpflichtung, Eigenverantwortung und natürlich immer die politische Keule der drohenden Arbeitslosigkeit, um uns Angst zu machen.

Wir haben gelernt, dass das Kapital ein scheues Reh ist, dass sich reiche Erben durchaus auch als Leistungsträger sehen dürfen und unsere Manager so horrend bezahlt werden müssen, weil sie sonst dem Land verlorengehen. Diese Argumentation ist abstrus, wird uns aber immer wieder präsentiert, neuerdings von der wirtschaftspolitischen Sprech-

rin der Union, der „überaus erfolgreichen“ Ex-Ministerin Julia Klöckner.

In diesem Zusammenhang fällt mir Merkels „Wir dürfen die Märkte nicht verunsichern“ bzw. ihr Plädoyer für „marktgerechte Demokratie“ ein. Dies lässt sich locker in „Wir dürfen die Leistungsträger nicht verunsichern!“ umwandeln. Deshalb habe ich Zweifel, ob die Klimaziele erreicht werden können. Den Betroffenen fehlt die Einsicht. Sie können sich auch unter veränderten Klimabedingungen immer noch ein angenehmes Leben finanziell ermöglichen. Der Politik fehlt letztendlich der Wille, hier einschneidende Maßnahmen zu ergreifen. Zurück bleibt nach diesem Artikel der verunsicherte Normalbürger, aber bei dem ist das ja nicht so schlimm. Rainer Boos, Frankfurt